

Wochenkommentar

Ein Morgen im November



Tobias Graden
stv. Chefredaktor

6 53 Uhr: Guten Morgen, liebe Leserinnen und Leser. Wir halten Sie mit unserem Newsblog auch heute laufend auf dem Laufenden über die aktuellen Ereignisse nach den Anschlägen von Paris.

7.02 Uhr: Der Zugriff von Polizei- und Armee-Einheiten in St. Denis auf ein Haus, in dem eine Terroristenzelle vermutet wird, spitzt sich weiter zu. Die Gegend ist abgeriegelt, Anwohner berichten von Schusswechseln.

7.07 Uhr: *Erst mal eine Tasse Kaffee. Herdplatte einschalten, Mokka-Kanne draufstellen.*

7.09 Uhr: Beteiligen Sie sich an der Userumfrage! Wie haben Sie geschlafen in dieser vierten Nacht nach den grausamen Ereignissen? Haben Sie vom Terror geträumt? Haben Sie Angst, dass ein solches Attentat auch in Ihrer Umgebung passieren könnte? Klicken Sie hier für die Teilnahme.

7.11 Uhr: Frankreich hat seine Verbündeten nun offiziell um militärischen Beistand gebeten.

7.12 Uhr: *Die Kaffeekanne pfeift.*

7.14 Uhr: In Hannover hat sich die Lage nach dem aus Sicherheitsgründen abgesagten Fussball-Länderspiel wieder beruhigt.

7.15 Uhr: *«Beruhigt»? Im Newsticker von gestern Abend stand doch, die Leute hätten sich alle sehr ruhig verhalten... Erst mal eine Tasse Kaffee.*

7.17 Uhr: Frankreich hat auch gestern wieder verstärkt IS-Stellungen in Syrien bombardiert. Es handelt sich dabei vor allem um Ziele in Rakka, dem Hauptquartier der Terror-Organisation.

7.18 Uhr: *Ob dort noch Zivilisten leben?*

7.19 Uhr: Beteiligen Sie sich an der Userumfrage! Mit welchen Bomben kann der IS am besten bekämpft werden? Klicken Sie hier für die Teilnahme.

7.21 Uhr: Aus St. Denis heisst es, dass der Zugriff bislang zwei Tote gefordert habe. Es soll sich um Dschihadisten handeln. Zudem ist bei dem Einsatz die Polizeihündin Diesel ums Leben gekommen.

7.22 Uhr: *Diesel?*

7.24 Uhr: Grosse Solidarität mit Polizeihündin Diesel: Bereits haben hunderttausende Facebook-Nutzer ihr Profilbild mit jenem der Schäferhündin ersetzt, unterlegt von den Farben der Tricolore. Unter dem Hashtag #JeSuisChien drücken Nutzer auf Twitter ihre Anteilnahme aus.

7.27 Uhr: Ein Sprecher der französischen Polizei meldete, die Hündin sei lange vor dem VW-Abgas-skandal auf den Namen «Diesel» getauft worden.

7.29 Uhr: Beteiligen Sie sich an der Userumfrage! Ist Diesel ein guter Name für eine Polizeihündin? Klicken Sie hier für die Teilnahme.

7.31 Uhr: Bei den Bombardierungen in Rakka seien mehrere Dschihadisten getötet worden. Doch auch vier Tage, nachdem Präsident Hollande von «Krieg» sprach, ist dieser offenbar noch nicht gewonnen.

7.32 Uhr: Beteiligen Sie sich an der Userumfrage! Dauert der Krieg gegen den IS zu lange? Klicken Sie hier für die Teilnahme.

7.35 Uhr: Beteiligen Sie sich an der Userumfrage! Wenn der Krieg gegen den IS so lange dauert – steigt dann Ihre Angst? Haben Sie jetzt schon mehr Angst als um 7.09 Uhr? Klicken Sie hier für die Teilnahme.

7.37 Uhr: Bereits wird in den sozialen Medien Kritik an der Solidarität mit Polizeihündin Diesel laut. Angesichts der getöteten Menschen sei sie unangebracht.

7.38 Uhr: Beteiligen Sie sich an der Userumfrage! Ist die Kritik an der Solidarität mit Polizeihündin Diesel berechtigt? Klicken Sie hier für die Teilnahme.

7.41 Uhr: *Wie geht es wohl den verbliebenen Menschen in Syrien?*

7.44 Uhr: Die Userumfrage zu den am besten geeigneten Waffen im Kampf gegen den IS hat noch zu keinem eindeutigen Resultat geführt.

7.45 Uhr: *Der Kaffee ist kalt.*

7.47 Uhr: Wie steht es um Ihre Angst?

E-mail: tgraden@bielertagblatt.ch

«Freie Gedanken werden zur Illusion»

Hanspeter Thür 14 Jahre lang war Hanspeter Thür der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte. Er warnt: Mit Big Data drohen wir unser westliches Wertegefüge selber preiszugeben. Darum bezahlt er auch so oft wie möglich mit Bargeld.

Interview: Tobias Graden

Hanspeter Thür, Sie sind der Don Quijote des Datenzeitalters.

Hanspeter Thür: Nein. Ich kämpfe nicht gegen Windmühlen an, sondern gegen sinnlose Datenbearbeitung und -weitergabe. Ich bin auch nicht so einsam wie Don Quijote auf seinem Ross: Es gibt zunehmend Unterstützung.

Wer heutzutage auf Datenschutz und das Recht auf Privatsphäre pocht, steht doch auf verlorenem Posten.

Die Auseinandersetzung ist nicht einfach, gewiss. Die Digitale Revolution bringt ganz neue Probleme hervor. Angesichts dieser revolutionären Umwälzung, die wie die industrielle Revolution im vorletzten Jahrhundert alles auf den Kopf stellt, stellt sich die Frage, ob die Privatsphäre noch ein Gut ist, das man verteidigen kann. Es handelt sich aber nach wie vor um ein Verfassungsrecht. Ich habe noch nie jemanden gehört, der sagt, man müsse wegen der Digitalen Revolution die Verfassung ändern. Und solange das so ist, gehe ich davon aus, dass es der Wille der Bevölkerung ist, dieses Recht zu schützen.

Gerade nach den Anschlägen in Paris dürften es Anliegen des Datenschutzes und des Schutzes der Persönlichkeitsrechte schwerer haben.

Der Kontroll- und Sicherheitsbedarf wird ein grösseres Gewicht erhalten. Doch wer meint, man könne dem Terror alleine mit mehr Überwachung und mehr Repression beikommen, der irrt. Mit dem Nahen Osten ist eine ganze Region destabilisiert, vormals funktionierende Staaten sind kaputt. Wer bereit ist, für Terroranschläge sein Leben zu opfern, lässt sich nicht durch stärkere Kontrollen abhalten.

Es ist aber absehbar, dass nach solchen Ereignissen mehr Kompetenzen für Geheimdienste und Überwachungsbehörden gefordert werden.

Man hatte sowohl jetzt als auch bei «Charlie Hebdo» und 9/11 einige der Täter bereits vor den Anschlägen im Visier. Man wusste schon einiges, konnte mit den vorhandenen Informationen aber offenbar nichts anfangen. Es ist also nicht mehr Überwachung nötig, sondern eine bessere Auswertung dessen, was man weiss.

Der «Bund» schrieb am Montag:

«Wenn mehr Überwachung mehr Sicherheit bringt und die Überwacher ebenfalls kontrolliert werden, ist nichts gegen neue Methoden einzuwenden.» Alles andere ist doch Gutgläubigkeit angesichts einer Bedrohung, die vor nichts zurückschreckt.

Das Parlament hat ein neues Nachrichtendienstgesetz verabschiedet. Dieses gibt dem Nachrichtendienst deutlich mehr Kompetenzen; ich kann mir nicht vorstellen, was man darüber hinaus noch fordern könnte.

Das Referendumskomitee kritisiert dieses als unverhältnismässig.

Es gibt ein mehrstufiges Kontrollkonzept. Damit können Missbräuche wie in den USA verhindert werden. Und es stellt politisch sicher, dass die Instrumente nur in wichtigen Fällen angewendet werden. Und drittens wird auch nachträglich die Einhaltung aller Rahmenbedingungen kontrolliert. Darum kann ich auch aus rechtsstaatlicher Sicht hinter diesem Gesetz stehen.

Bundesrat Maurer hat gesagt, die neuen Überwachungskompetenzen betreffen höchstens zwölf Personen pro Jahr. Besteht nicht die Gefahr, dass die Möglichkeiten weit extensiver genutzt werden, wenn sie mal vorhanden sind?

Der Rahmen des Gesetzes ist ganz klar. Es braucht eine Begründung für das Einleiten einer Überwachungsmaßnahme. Sie wird nur angewendet, wenn die Sicherheit des Staates in beträchtlicher Weise in Gefahr ist. Dieser Kontrollmechanismus verhindert, dass es zur flächendeckenden Überwachung kommt.

Teilen Sie die Ansicht, dass Ihre Amtszeit als EDÖB in die bislang wichtigste Phase in der Geschichte des Datenschutzes gefallen ist?

Ja, das Stichwort «Digitale Revolution» ist keine Dramatisierung, es handelt sich tatsächlich um eine epochale Umwälzung. Die technische Entwicklung schafft Möglichkeiten und neue Geschäftsmodelle, die uns täglich vor neue Herausforderungen stellen. Und das wird auch so bleiben, bis diese Umwälzung gesellschaftlich verdaut ist.

Wenn Sie in einigen wenigen Worten Bilanz über Ihre Amtszeit ziehen – wie lautet diese?

Es war eine spannende, herausfordernde Zeit, eine riesige Herausforderung für den Persönlichkeitsschutz. Wir haben einige Pflöcke einsetzen können, nicht ich allein, sondern zusammen mit den Beauftragten anderer Länder – man kann solche Themen nicht mehr nur nationale angehen. Aber ob das für die Zukunft reicht oder ob die Umwälzung alles flach macht, das ist noch offen.

Sind sie zuversichtlich?

Nach dem von mir provozierten Bundesgerichtsurteil in Sachen Google Street View hat auch der Europäische Gerichtshof gegen Facebook und Google wichtige Urteile gefällt. Es bildet sich langsam eine gewisse Widerstandskultur heraus. Das stimmt mich zuversichtlich.

Ich habe eher den Eindruck, Anliegen des Datenschutzes hätten es zunehmend schwer – schlicht wegen der Gewohnheiten der Menschen, die mehr denn je unglaublich viele Daten freiwillig teilen, etwa in den sozialen Medien.

Das bestreite ich nicht. Man nimmt gerne Angebote an, die einem etwas gratis versprechen und im Gegenzug die Daten verlangen. Viele Leute erkennen die Brisanz solcher Modelle noch nicht, die darin besteht, dass verschiedenste, für sich alleine relativ harmlose Daten verknüpft werden können und sich daraus ein sehr tiefgründiges Persönlichkeitsprofil eines Menschen erstellen lässt. Diese Entwicklung ist voll im Gange, doch in der grossen Masse der Nutzer ist das Bewusstsein dafür noch zu wenig ausgebildet.

Wie soll dieses wachsen? Man teilt immer mehr Daten, virtuelle und tatsächliche Realität überlagern sich.

Der Mensch fällt letztlich immer wieder auf seine physische Existenz zurück – er bewegt sich, er isst, er wohnt. Auch sehe ich immer mehr Initiative, nehmen Sie Max Schrems, der sich alleine gegen Facebook aufgelehnt hat. Es gibt einen Widerstandswillen, noch nicht flächendeckend, aber die Gesellschaft bewegt sich immer von den Rändern her. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Mensch zu einer blossen Konsummasse

Datenschützer Hanspeter Th



Er mahnt: «Man will in die Köpfe der Menschen gelangen.» Keystone

verkommt, der seine Daten zur Verfügung stellt, damit man ihm sagen kann, was für ihn gut sein soll.

Solche Angebote dienen dazu, dem Menschen zu helfen. Google-Ingenieure sagen: Google will doch nur den Menschen helfen.

Das ist nett (lacht). Wer's glaubt, soll das glauben. Primär verdient Google sehr viel Geld. Ich glaube nicht, dass eine Firma, der es – legitimerweise – in erster Linie um den Gewinn geht, primär das Wohl der Menschheit im Sinn hat.

Gerade biomedizinische Daten könnten helfen, individualisiertere und somit «gerechtere» Versicherungslö-

sungen zu entwickeln – wer sportlicher ist, zahlt geringere Krankenkassenprämien, zum Beispiel.

Eine Versicherung funktioniert nach dem Prinzip, dass mir ein Risiko abgedeckt wird, das ich nicht selber tragen kann. Wenn ich aber so genau durchleuchtet werde und das Risiko, das ich darstelle, so genau erfasst wird, dann braucht am Schluss die Versicherung nicht mehr, ihr Geschäftsmodell wird so in Frage gestellt.

Was heute noch Versicherungsmathematik ist, wird von Big Data ersetzt. Algorithmen werden das Risiko auf jeden Einzelnen herunterbrechen können.

Ja, doch wenn eine Versicherung in diese Richtung arbeitet, macht sie ihr eigenes Geschäft kaputt. Darum habe ich in diese Richtung weniger Befürchtungen.

Big-Data-Denker fordern, die Daten der Menschen seien als deren Resource zu betrachten, die nicht zu verschenken, sondern gewinnbringend einzusetzen sei. Ist den Leuten der Wert ihrer Daten zu wenig bewusst?

Ja, doch für ein Umdenken ist es wohl schon sehr spät. Google, Facebook, Amazon und Apple sind die vier grossen Datenmonopolisten der Welt. Sie haben einen grossen Anteil des heutigen Datenbestandes unter Kontrolle und ihr Anteil wächst täglich. Wie will der einzelne Mensch denn noch sein Scherlein abkriegen? Er hat ja bereits vieles preisgegeben. Ich finde, die Daten sollten gar nicht im Besitz einzelner Unternehmen sein, sondern Allgemeinut, und sie sollten auch nicht ohne Einwilligung bis auf das einzelne Individuum ausgewertet werden dürfen.

Big Data als Open-Source-Projekt?

Das ist eine utopische Forderung.

Natürlich. Aber in einer Situation, in der alles in die falsche Richtung geht, muss man die Utopie formulieren. Es kann doch nicht sein, dass mehr oder weniger der gesamte weltweite Datenbestand ein paar wenigen Unternehmen gehört, die dann damit machen können, was sie wollen.

Sehen Sie denn auch Vorteile der technischen Entwicklung? Viele Dienste sind ja tatsächlich eine Erleichterung, etwa kontaktloses, bargeldloses Zahlen.

Der Trend zum bargeldlosen Zahlen ist gefährlich. Es läuft die Abschaffung des Bargelds hinaus. Das ist der Einstieg in das total kontrollierbare Leben. Es ist die Vision von Leuten, welche die totale Kontrolle wollen. Man kann jeden Einzelnen total durchleuchten, wenn man weiss, was er mit seinem Geld macht.

Sie zahlen also immer bar?

Ich brauche auch ab und zu eine Kreditkarte, aber ich gehöre nicht zu jenen, die sie für einen Einkauf von 5.50 Franken zücken. Ich zahle nach Möglichkeit bar.

Sie müssten auch gegen den Swiss Pass sein.

Wir verfolgen die Entwicklung mit dem Swiss Pass sehr genau. Viele öV-Nutzer haben sich bei uns darüber beschwert. Sie befürchten, dass sie getrackt werden – sie wollen reisen, ohne dass jemand weiss, wo sie unterwegs waren. Wir prüfen zurzeit, welche Daten zu welchem Zweck gespeichert werden.

Wird es eine breite Opposition gegen den Swiss Pass geben?

Das hängt davon ab, ob ein Nutzer in Zukunft getrackt werden kann. Das Tückische an solchen Entwicklungen ist, dass sie schleichend verlaufen. Wie beim Bargeld: Es gibt bereits Länder, in denen die Zahlungsmöglichkeit mit Bargeld nicht mehr garantiert ist.

Viele sagen: Wer nichts zu befürchten hat, kann seine Daten zeigen.

Dieser Satz ist nicht zu Ende gedacht. Er besagt, dass jeder, der seine Privatsphäre in Anspruch nimmt, etwas zu verbergen hat – also mithin etwas Unrechtes getan hat. Doch es gibt nun mal Bereiche des Lebens, die ich mit niemandem oder nur mit engsten Freunden teilen will. Und das will man mir zum Vorwurf machen? Das ist absolut absurd und zeigt die Mentalität dahinter: Man will nicht mehr respektieren, dass es freie Gedanken gibt, dass es freie Vorstellungen geben darf, die man nicht gleich überall teilen will.

Es ist eine paradoxe Entwicklung: Die individuellen Daten jedes Einzelnen sind für die Verwerter enorm wichtig, andererseits steigt der Druck, sich einer normierten Moral gemäss zu verhalten. Auch die Hacker des Seiten-sprung-Portals Ashley Madison haben ihren Hack moralisch legitimiert.

Ein interessantes Beispiel. Wer sich auf einer solchen Plattform bewegt, hat nichts Verbotenes getan. Man weiss ja nicht einmal, was er dort getan hat – man kann sich ja aus blosser Neugier dort tummeln. Das zeigt: Man will in die Köpfe der Menschen gelangen und schauen, wie sie surfen, wo ihre Interessen liegen. Und schliesst daraus, dass entsprechende Taten folgen werden. Der Spruch «die Gedanken sind frei» wird zur Illusion.

Das führt die «westlichen Werte», die gerade dieser Tage wieder so stark beschworen werden, ad absurdum.

Natürlich. Das ist die Krux am Ganzen: Die Kritiker unserer westlichen Welt

«Wenn alles in die falsche Richtung geht, muss man die Utopie formulieren.»

wollen uns an diesen Punkt bringen, an dem wir wieder die totale Kontrolle durchsetzen. Dann haben wir unser Wertgefüge preisgegeben. Das wäre das Ende der Freiheit.

Welche Bedingungen müssen denn gegeben sein, dass eine Aufhebung des Schutzes der Privatsphäre gerechtfertigt ist?

Wenn dies seitens des Staates erfolgt, muss ein überwiegendes öffentliches Interesse gegeben sein, das sich in einer klaren gesetzlichen Vorschrift manifestiert. Das ist beispielsweise im Nachrichtendienstgesetz auch so festgehalten. Auch private Datensammler müssen in die Schranken gewiesen werden.

Es stehen aber gerade auch staatliche Organe immer wieder in der Kritik.

Die Berner Kantonspolizei pflegt DNA-Proben von friedlichen Demonstranten zu entnehmen.

Darum ist es wichtig, dass wir eine rechtsstaatlich abgesicherte Justiz haben, welche die nötigen Korrekturen anbringt. Das Bundesgericht hat erst jüngst wieder gegen die Kantonspolizei entschieden.

Die nächsten Jahre versprechen für den EDÖB nicht minder spannend zu werden als die letzten. Warum wollten Sie keine weitere Amtszeit antreten?

Ich bin bald 67 und habe zwei Jahre über die Pensionierung hinaus gearbeitet, das muss reichen. Nach 14 Jahren darf ich aufhören.

Die Stelle soll aufgewertet werden, der Datenschutzbeauftragte soll mehr Kompetenzen erhalten. Was braucht aus Ihrer Sicht?

Es braucht die Möglichkeit, dass jemand, der flagrant den Daten- und Persönlichkeitsschutz missachtet, gestraft werden kann. Im Strassenverkehr ist dieses Prinzip unbestritten. Es ist mir unverständlich, dass Verletzungen des Persönlichkeitsrechtes nach wie vor als Kavaliersdelikt betrachtet werden. Es braucht mehr Kompetenzen für den Beauftragten, es ist wichtig, dass er verbindlich intervenieren kann.

Sie fordern also einerseits eine sensiblerere, härtere Rechtspraxis, andererseits eine Polizeiaufgabe für den Datenschützer mit Bussenkompetenz. Ja. In anderen Bereichen werden wichtige Rechtsgüter auch mit empfindlichen Bussen geschützt, etwa durch die Wettbewerbskommission.

Klagen können Sie aber bereits jetzt.

Ja. Aber abgesehen vom Reputationsrisiko hat das für den Beklagten erst mal keine Folgen. Das ist unschön.

Es gibt bürgerliche Politiker, welche die Stelle am liebsten schliessen würden.

Das wird nicht passieren. Aber es wird ein langer Prozess sein, bis ein neues Datenschutzgesetz unter Dach und Fach ist. Das wird möglicherweise nicht einmal mein Nachfolger noch im Amt erleben.

Welche Ratschläge geben Sie Ihrem Nachfolger mit?

Es sind keine nötig. Er wird rasch selber auf den Boden der Probleme stossen.

Und was tun Sie ab Ende November?

Ich? Dieses und Jenes und Anderes. Ich habe noch meine Anwaltspraxis, bin kulturell aktiv und will ab und zu mit meiner Frau reisen gehen.

Zur Person

- geboren am 31. Mai 1949 in Staad SG
- Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Basel
- Tätigkeit als **Rechtsanwalt**
- ab 1985 Grossrat des Kantons Aargau, 1987 bis 1999 **Nationalrat der Grünen Partei**, die er zwischenzeitlich präsidierte
- 2001 Wahl zum Eidg. Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten
- Ende November tritt er ab, sein Nachfolger ist Adrian Lobsiger, bislang stv. Direktor des Bundesamts für Polizei tg